



WAHLPLATTFORM 2014

1. WOHNEN & GENOSSENSCHAFTEN: MEHR ZAHLBARER WOHNRAUM

Wohnraum ist ein knappes Gut und nicht vermehrbar. Und alle Menschen brauchen Wohnraum. Niemand kann nicht wohnen. Die SP setzt sich vehement für bezahlbaren Wohnraum und gegen Spekulationen auf dem Wohnungsmarkt ein. Diesem Grundsatz will sie auch in Zukunft mit verschiedenen Massnahmen nachleben.

Die SP will, dass ein möglichst hoher Anteil der Wohnungen in der Stadt Zürich gemeinnützig ist – für diese Wohnungen gilt die Kostenmiete, gleichzeitig werden sie der Spekulation entzogen. Aktuell zählt rund ein Viertel der Wohnungen in der Stadt Zürich zu dieser Kategorie. Die SP war federführend daran beteiligt, in der Gemeindeordnung das Ziel zu verankern, dass bis spätestens 2050 ein Drittel der Mietwohnungen in der Stadt Zürich gemeinnützig sein soll. Dieser Grundsatz wurde in einer Volksabstimmung im Jahr 2011 mit 76 % der Stimmen angenommen.

Das gesteckte Ziel kann aus Sicht der SP nur durch einen Mix an Massnahmen erreicht werden. Diese beinhalten z.B. den Bau von kommunalen Wohnsiedlungen oder die Abgabe von Land im Baurecht an Genossenschaften.

Genossenschaften fördern und Unwahrheiten korrigieren

Die SP hat sich seit jeher für starke Wohnbaugenossenschaften eingesetzt. Heute ist die Unterstützung der Wohnbaugenossenschaften dringender denn je. Immobilienbesitzer wollen immer mehr Gewinn aus ihren Liegenschaften herausholen, was den Druck auf die Mieten stark erhöht. Boden ist aber ein nicht vermehrbares Gut, niemand kann nicht wohnen. Die bürgerlichen Parteien torpedieren die Umsetzung des neuen Wohnbauartikels mit dem Argument, jeglicher gemeinnützige Wohnungsbau sei letztlich staatlich subventioniert (weil die Stadt auf Gewinne verzichte, die sie bei einem Landverkauf an den Meistbietenden erzielen könnte).

Dieses Argument stimmt schlichtweg nicht. Praktisch alle Genossenschaften sind selbsttragend und werden nicht von der öffentlichen Hand subventioniert. Verbilligt werden einzelne Wohnungen, die man dann „subventionierte Wohnungen“ nennt. Das geschieht zugunsten der Mieterinnen und Mieter und nicht zugunsten der Genossenschaften. Zudem: Der Anteil der staatlich verbilligten, also subventionierten Genossenschaftswohnungen ist z.B. in der Stadt Zürich mit unter fünf Prozent gering. Der gemeinnützige Wohnungsbau hat aber auch eine allgemein preisdämpfende Wirkung und nützt daher allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Zürich. Der gemeinnützige Wohnungsbau kommt nicht ausschliesslich den Bedürftigen zugute, sondern ermöglicht es auch dem Mittelstand, weiterhin in Zürich zu wohnen. Dies zeigt sich auch in der Statistik: Der Anteil Familienhaushalte ist beispielsweise in der Stadt Zürich in allen Quartieren bei den GenossenschaftlerInnen höher als bei den Nicht-GenossenschaftlerInnen.

Die SP will:

- eine gezielte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.
- eine offensive Bodenpolitik der Stadt Zürich und den Erwerb von Bauland auf Stadtgebiet.

Glossar

Markt- und Kostenmiete

Bei der Marktmiete setzen VermieterInnen die Mieten so hoch an, wie es der „Markt“ hergibt. In attraktiven Gebieten können somit die Mieten unabhängig von den eigentlichen Kosten ansteigen. Im

Gegensatz dazu wird die Kostenmiete so bemessen, dass lediglich die effektiven Kosten des Bauträgers gedeckt werden. Beglichen werden also die Schuldzinsen, die Verwaltungskosten, der Unterhalt der Liegenschaften, die Rückstellungen zur Erneuerung sowie die Verzinsung des Eigenkapitals maximal zum (gegenwärtig sehr tiefen) Referenzzinssatz.

Vergleichsmiete

Das Kriterium der orts- und quartierüblichen Vergleichsmiete stellt auf einen Mietzinsvergleich mit ähnlichen Objekten ab. Der Nachweis muss daher konkret geführt werden durch Bezeichnung von mindestens fünf Objekten im gleichen Ort oder Stadtquartier, die nach Lage, Grösse, Zustand, Ausstattung und Bauperiode mit dem Mietobjekt vergleichbar sind. Der Vergleichsmietzins darf nicht auf einer Marktbeherrschung beruhen.

2. EINE GESELLSCHAFT FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Der Wert einer Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren ärmsten und schwächsten Gliedern umgeht. Im Rahmen dieses Grundsatzes verfolgt die SP auch in Zukunft konsequent eine starke Sozialpolitik, die für Menschen in schwierigen Situationen eine wichtige, faire und zuverlässige Stütze darstellt.

SP-Stadtrat Martin Waser gelang es als Sozialvorsteher, die heftige Diskussion um Sozialmissbräuche mit griffigen Massnahmen (u.a. durch die Einführung eines Risikomanagements oder des schlankeren Organisationsmodells) zu beruhigen und das Vertrauen in die Sozialhilfe wieder herzustellen. Das zu Beginn umstrittene Sozialinspektorat hat sich mittlerweile bewährt. Damit können sich das Sozialdepartement und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder auf das konzentrieren, wofür sie da sind: Hilfe und Unterstützung für Menschen in Notlagen.

Die SP setzt sich für Menschen ein, die durch einen Schicksalsschlag, sei dies gesundheitlicher, privater oder beruflicher Natur, aus der Bahn geraten sind, und unterstützt diese mit dem Ziel, dass sie wieder selbständig und in Würde leben können. Gegen die Angriffe, die die SVP in vielen Gemeinden gegen die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) führt, wehrt sich die SP entschieden und distanziert sich mit aller Vehemenz davon. Nicht das Niveau der Sozialhilfe ist zu tief, sondern das Lohnniveau! Darum kämpft die SP an vorderster Front für existenzsichernde Mindestlöhne, damit niemand, der arbeitet, auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Was Hänschen nicht lernt...

Sozialpolitik soll aber nicht erst dann wirken, wenn die Menschen schon in eine Notlage geraten sind. Idealerweise wird verhindert, dass es überhaupt so weit kommt. Darum hat die SP-Fraktion dafür gesorgt, dass die Schulsozialarbeit ausgebaut wird und mehr Schuldenprävention in den Schulen durchgeführt wird. Denn wer schon im Teenager-Alter in die Schulden gerät, kommt oft sein Leben lang nicht mehr davon weg.

Recht auf Wohnraum für benachteiligte Menschen

Für die SP ist eine gute Sozialpolitik weit mehr als Sozialhilfe. Zur Sozialpolitik gehören auch Wohn- und Arbeitsintegration. Für Menschen am Rande der Gesellschaft ist es im überhitzten Wohnungsmarkt fast unmöglich, eine zahlbare Wohnung zu finden. Darum unterstützt die SP beispielsweise die Stiftung Domicil, die Wohnungen an benachteiligte Familien und Einzelpersonen vermittelt, und sie setzt sich auch für ein ausreichendes Angebot an subventionierten Wohnungen und Notwohnungen ein. SP-Stadtrat Martin Waser hat zudem eine Beratungsstelle für Vermieter/innen eingeführt, die Unterstützung bei Problemen mit Mieterinnen und Mietern in sozial schwierigen Situationen anbietet und eine gemeinsame Lösung anstrebt, um so Mietverhältnisse möglichst zu erhalten.

Die SP will:

- Existenzsichernde Mindestlöhne – Menschen, die arbeiten, sollten nicht von der Sozialhilfe abhängig sein.
- gute Angebote für SchulabgängerInnen und Anschlusslösungen für SchulabgängerInnen ohne Lehrstelle.
- ein gutes Krippen- und Hortangebot, mit welchem der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt für alle garantiert wird.

Glossar

Sozialinspektorat

Seit Juli 2007 steht den Sozialarbeiter/innen das departementsinterne Inspektorat zur Verfügung. Bei begründetem Verdacht auf missbräuchlichen Bezug von Sozialhilfeleistungen (z.B. bei gleichzeitigem, nicht deklariertem Einkommen) untersuchen die speziell ausgebildeten Mitarbeiter/innen des Inspektorats (Jurist/innen, Ökonom/innen und ehemalige Polizist/innen) die Finanz-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der in Verdacht geratenen Bezüger/innen und ermitteln teilweise verdeckt. Erhärtete Verdachtsmomente werden bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht.

SKOS-Richtlinien

Die SKOS-Richtlinien definieren, wie die Sozialhilfe berechnet wird, und schaffen gerechte Vorgaben für die Sozialhilfe in der ganzen Schweiz. Dadurch wird ein „Sozialhilfe-Tourismus“ verhindert. Bei diesen Richtlinien handelt es sich um Empfehlungen zuhanden der Sozialhilfeorgane des Bundes, der Kantone, der Gemeinden sowie der Organisationen der privaten Sozialhilfe. Die SKOS-Richtlinien werden – wie u.a. im Kanton Zürich - durch die kantonale Gesetzgebung und die Rechtsprechung verbindlich.

3. FÜR EINE STARKE ÖFFENTLICHE GESUNDHEITS- UND ALTERSPOLITIK

Die SP hat mit Nachdruck auf die Sicherung und Weiterführung ihrer erfolgreichen Gesundheitspolitik gepocht: Leistungsfähige städtische Spitäler auch in Zukunft, kompetente und leistungsfähige Pflege zu Hause, Unterstützung von älteren Menschen, die zu Hause leben wollen und können, sowie stationäre Angebote.

Die Situation im Gesundheitsbereich war in letzter Zeit geprägt von der Umsetzung des neuen Pflegegesetzes und des Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes sowie der Einführung der Fallkostenpauschalen (DRG). Dies ist auch ein grosses Thema für die beiden Stadtspitäler Waid und Triemli. Ziel bleibt es, gute Rahmenbedingungen für Patientinnen und Patienten sowie für das Personal zu schaffen. Auf Gemeindeebene will die SP den Gestaltungsspielraum ausreizen, den die neuen Gesetze von Bund und Kanton übrig gelassen haben. Die SP will ihren Einfluss geltend machen, dass keine Teile aus der hochwertigen Gesundheits- und Pflegeversorgung herausgebrochen werden.

Gegen den Privatisierungswahn im Gesundheitssektor

Für die SP ist eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung zentral. Darum hat SP-Stadträtin Claudia Nielsen das Spitex-Angebot ausgebaut und in drei Pflegzentren Abteilungen für die Aufnahme und Übergangspflege geschaffen. Die Stadtspitäler Waid und Triemli leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Stadt Zürich. Die SP will, dass diese beiden Stadtspitäler mit den nötigen Mitteln ausgestattet bleiben und weiterhin von der Stadt verantwortet werden. Gemäss ihrem Grundsatz für eine starke öffentliche Gesundheitsinfrastruktur lehnt die SP eine Privatisierung der Stadtspitäler ab.

Die Stadt Zürich ist zudem gut aufgestellt, um ihren betagten Menschen bei Bedarf unter die Arme zu greifen: Spitex, Altersheime, Alterswohnungen, Entlastung von Angehörigen. Gerade die Altersheime und Alterswohnungen gewinnen in Zeiten rarer zahlbarer Wohnungen zusätzlich an Bedeutung. Angesichts der zunehmenden Immobilienspekulation setzt sich die SP weiterhin für günstigen Wohnraum ein.

Die SP will:

- eine gute Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau für alle ZürcherInnen.
- genügend zahlbare Alterswohnungen.
- keine Privatisierung der Stadtspitäler Triemli und Waid.

Glossar

DRG

DRG ist die Abkürzung für Diagnosis Related Groups. Übersetzt auf Deutsch bedeutet dies diagnosebezogene Fallgruppen. Die DRG sind ein Patientenklassifikationssystem für Diagnosen zur Gruppierung von stationären Behandlungsfällen in Fallgruppen, die mittels leistungsbezogenen Fallpauschalen bewertet und abgerechnet werden. Diese bedingen einen vergleichbaren Behandlungsaufwand im Spital.

Spitex

Spitex bedeutet spitalexterne Hilfe, Gesundheits- und Krankenpflege, das heisst Hilfe, Pflege und Beratung ausserhalb des Spitals oder Heims, zu Hause.

Dank Spitex-Leistungen können Betroffene trotz persönlicher Einschränkungen zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben oder früher von einem stationären Aufenthalt nach Hause zurückkehren. Ziel der Spitex ist es, die Selbständigkeit des Klienten/der Klientin zu erhalten und zu fördern. Dabei versuchen die Spitex-Mitarbeitenden, das private Umfeld der Betroffenen wenn immer möglich in die Hilfe und Pflege einzubeziehen.

4. STADTENTWICKLUNG: FÜR EINE GUTE DURCHMISCHUNG UND PLATZ FÜR ALLE

Den Ruf, eine der lebenswertesten Städte der Welt zu sein, verdankt Zürich unter anderem einer umsichtigen Stadtentwicklung, welche von der SP seit Jahren positiv geprägt wird. Dabei wird darauf geachtet, dass die Quartierbevölkerung möglichst viel Mitspracherecht erhält und die öffentliche Infrastruktur jederzeit gewährleistet ist.

Zürich wird in vielen internationalen Rankings immer wieder zu einer der Städte mit der höchsten Lebensqualität der Welt gekürt. Massgeblich trägt dazu eine umsichtige Stadtentwicklung bei, welche bei der SP einen hohen Stellenwert genießt. Die SP setzt sich im Sinne einer offenen Stadtpolitik für sozial durchmischte Quartiere in der ganzen Stadt ein. Ziel ist eine polyzentrische Stadt mit ausreichender Infrastruktur in allen Quartieren, was in Koordination mit den umliegenden Gemeinden geschehen soll.

Einbezug der Quartierbevölkerung als wichtiger Eckpfeiler

Durch funktionierende Quartierzentren verkürzen sich die Wege zwischen Wohnung, Arbeit und Freizeit. Aber auch genügend Grün- und Freiräume sind für die hohe Lebensqualität entscheidend. Stadtentwicklung ist für die SP kein Diktat von oben. Im Gegenteil: bei der Planung und Gestaltung sollen die Quartiere und die Bevölkerung nach Möglichkeit einbezogen werden.

Die Stadt Zürich boomt und vor allem in den Aussenquartieren wird rege gebaut. Dabei ist wichtig, dass bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt oder neu geschaffen wird und dass auch genügend Raum für Schulen und für die Quartierinfrastruktur reserviert wird. Die Anbindung der Aussenquartiere an den öffentlichen Verkehr muss verbessert und gestärkt werden. Ebenfalls setzt sich die SP dafür ein, dass durch die effiziente Nutzung erneuerbarer Energien und gemeinschaftliche Wohnkonzepte der Energieverbrauch pro EinwohnerIn unter die Limite von 2000 Watt gesenkt wird. So pochte die SP beispielsweise bei der Green City Manegg darauf, dass diese nach den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft gebaut wird und dass durch den Einbezug von gemeinnützigen Wohnbauträgern auch für die soziale Durchmischung gesorgt wird.

Die BZO-Revision als grosse Chance

SP-Stadtrat André Odermatt hat sich mit der kommenden Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) grosse Ziele gesetzt: Die Verdichtung und das Wachstum unserer Stadt sollen quartierverträglich und nachhaltig gestaltet werden, ohne dass dabei ihr Charakter und ihre gewachsenen Strukturen gefährdet werden. Die SP setzt sich dafür ein, dass mit der revidierten BZO ein Mindestanteil an gemeinnützigem Wohnungsbau in Gestaltungsplänen festgesetzt werden kann.

Die SP will:

- sozial durchmischte Quartiere und eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung.
- eine optimale Quartiersversorgung auch in den Aussenquartieren.
- ökologische Bauten und weniger Hindernisse für die Nutzung erneuerbarer Energien.

Glossar

BZO-Revision

Mit der kommunalen Bau- und Zonenordnung (BZO) wird die zulässige Bau- und Nutzweise der Grundstücke geregelt, soweit diese nicht durch eidgenössisches oder kantonales Recht bestimmt sind. Der Nutzungsplan ist die planerische Grundordnung. Er unterteilt das gesamte Gebiet einer Gemeinde in Gebiete unterschiedlicher Nutzungsmöglichkeiten (Zonen) nach Ort, Ausmass, Zweck und Arten. Es gibt keine Gebiete, für die nicht eine Nutzungsordnung gilt, Nutzungspläne sind lückenlose Ordnungen, inkl. Lärmempfindlichkeitsstufen. Für gleiche Nutzungen gelten die gleichen Vorschriften – Zonenplan und Zonenvorschriften bilden eine Einheit.

2000-Watt Gesellschaft

Ein jährlicher Verbrauch von 17500 kWh Primärenergie entspricht einer Dauerleistung von 2000 Watt pro Person. Davon sind maximal 500 Watt mit nicht erneuerbaren Energieträgern vorgesehen, d.h. fossile oder atomare Rohstoffe, die übrigen 1500 Watt sind mit erneuerbaren Energieträgern abzudecken. Der heutige Verbrauch beträgt ca. 6000 Watt.

5. INNOVATIVE LÖSUNGEN FÜR URBANE PROBLEME

Die Stadt Zürich und die SP sind für innovative Lösungen bei sozialpolitischen Herausforderungen bekannt. Die SP präsentiert Lösungen, wo andere Parteien nur Probleme sehen. Dies wurde z.B. bei der Drogenpolitik in den 1990er Jahren eindrücklich unter Beweis gestellt. Heutige Projekte wie der Strichplatz und das Bundesverfahrenszentrum knüpfen nahtlos an diese innovativen Erfolgsgeschichten an.

Die Zustände beim Strassenstrich am Sihlquai waren in den letzten Jahren für die AnwohnerInnen und für die dort arbeitenden Frauen unhaltbar. Mit einem Bündel koordinierter Massnahmen von Sozialwesen, Polizei- und Gesundheitsbereich arbeitet die Stadt auf das Ziel hin, dass das Prostitutionsgewerbe in stadtverträglicher Weise und unter Achtung der Menschenwürde ausgeübt werden kann. Die SP ist zuversichtlich, dass mit der Eröffnung des Strichplatzes in Altstetten im August 2013 den Zuständen am Sihlquai ein Ende gesetzt werden kann. Der Strichplatz soll die Arbeitsbedingungen der dort tätigen Frauen verbessern und sie vor Übergriffen und Gewalt schützen. Zudem sind die hygienischen Bedingungen wie auch die Sicherheit besser gewährleistet. Die Stadt Zürich kontrolliert den Strichplatz. Dies ist sicherer, als wenn sie die Kontrolle Zuhältern überlassen würde, welche ausnahmslos keinen Zutritt haben. Des Weiteren wird die Situation laufend mit der Quartierbevölkerung, den Gewerbetreibenden in der Umgebung und mit Frauenorganisationen evaluiert.

Im Asylbereich Lösungen vorantreiben statt Probleme bewirtschaften

Seit Jahren wird die Asylpolitik dauernd verschärft. Getroffen von den Verschärfungen werden aber hauptsächlich diejenigen, die auf den Schutz vor Verfolgung angewiesen sind. Dagegen wehrt sich die SP entschieden und setzt sich zum Ziel, die Problembewirtschaftungspolitik der Bürgerlichen zu stoppen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist die Verkürzung der Verfahren. Es kann schlichtweg nicht sein, dass Menschen jahrelang auf einen Bescheid warten müssen, wo sie nach ihrer Flucht verbleiben können. Darum will die Stadt Zürich mit einem Bundesverfahrenszentrum die neuen, verkürzten Verfahren testen, welche von der Schweizer Bevölkerung in der Abstimmung zur Asylgesetzrevision vom 9. Juni 2013 angenommen wurden. Wegen Einsprachen der Anwohnerinnen und Anwohner verzögert sich der Betrieb auf dem Duttweilerareal.

Doch SP-Stadtrat Martin Waser hat rechtzeitig für einen Plan B gesorgt: Die nötigen Plätze werden auf dem Juchhof in Altstetten bereitgestellt und die für das Verfahren Zuständigen beziehen ihre Büros an der Förllibuckstrasse. Damit kann das Verfahrenszentrum rechtzeitig eröffnet werden. Neben der Verkürzung der Verfahren ist für die SP auch der Rechtsschutz für die Asylsuchenden zentral, d.h. die Verfahren sollen nicht nur kurz, sondern müssen auch fair und die Entscheide für die Betroffenen nachvollziehbar sein. Flüchtlinge, die in der Schweiz bleiben können, müssen möglichst rasch in unsere Gesellschaft integriert und aufgenommen werden. Dafür sorgt die Stadt Zürich mit verschiedenen Massnahmen.

Die SP wehrt sich dagegen, Asylsuchende in möglichst abgelegene Regionen zu verlegen. Die Asylpolitik funktioniert nur, wenn alle Gemeinden ihre Verantwortung übernehmen. Asylsuchende sind Menschen, welche die Gesellschaft von anderen Menschen verdienen. Auch die Zürcher Politik verfolgt dieses Ziel, sind doch eine Mehrheit des Gemeinderats und der Stadtrat der Meinung, dass in diesem Asylzentrum ein menschenwürdiges Betriebskonzept herrschen muss.

Die SP will:

- Eine offene Asylpolitik, welche den hier schutzsuchenden Menschen mit Respekt begegnet.
- Eine menschenwürdige Prostitution und den entschiedenen Schutz für die in diesem Gewerbe arbeitenden Frauen.

6. VERKEHR: UMSTEIGEN LOHNT SICH

Mit der Annahme der Städte-Initiative gab die Stadtzürcher Bevölkerung den Auftrag, den Anteil des öffentlichen Verkehrs (öV), des Fuss- und des Veloverkehrs um zehn Prozentpunkte zu erhöhen. Die ZürcherInnen brachten damit zum Ausdruck, dass sie eine Stadt mit hoher Lebensqualität möchten, und dazu gehören ein starker öffentlicher Verkehr, gut ausgebaute Fuss- und Velowege und eine weniger schadstoffbelastete Luft.

Am 4. September 2011 hat die Stadtzürcher Bevölkerung mit der Annahme der Städte-Initiative beschlossen, die Förderung des öV sowie des Fuss- und des Veloverkehrs in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich zu verankern. Zudem soll die Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs geschützt und die Kapazität für den motorisierten Individualverkehr nicht weiter erhöht werden. Mit der Städte-Initiative hat sich die Stadt Zürich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Der prozentuale Anteil des öV sowie des Fuss- und Veloverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen soll bis in 10 Jahren um mindestens 10 Prozentpunkte erhöht werden. Die SP unterstützt diese Absichten seit langem und ist die treibende Kraft bei der Umsetzung der Städte-Initiative.

Abstriche im Individualverkehr sind nötig

Ein erster Erfolg im Zuge der Städte-Initiative ist der Masterplan Velo. Damit hat der Stadtrat aufgezeigt, wie der Veloverkehr in der Stadt Zürich gefördert werden kann. Dieser Masterplan muss nun auch umgesetzt und das Velonetz in der Stadt Zürich weiter ausgebaut werden. Der Ausbau darf nicht zu Lasten von Gehflächen gehen, denn Fussgängerinnen und Fussgänger benötigen als schwächste Verkehrsteilnehmende besonderen Schutz.

Und auch in den nächsten Jahren stehen noch einige Herausforderungen an: So muss z. B. der Ausbau des Tramnetzes fortgeführt werden (Tram Hardbrücke, Tram nach Affoltern). Die Tramlinien 4 und 17 sollen auch in den Randzeiten wieder häufiger fahren. Damit der öV nicht Opfer seines eigenen Erfolgs wird, muss der Ausbau rechtzeitig und langfristig geplant werden. Auch die kleinräumige Erschliessung von Quartieren durch Quartierbusse ist fortzuführen und punktuell auszubauen (z. B. Bus Nr. 77 in Riesbach). – Besonders in Neubauquartieren ist die öV-Infrastruktur frühzeitig zu installieren, damit sie sich bei den neuen BewohnerInnen von Anfang an etabliert und diese gar nicht erst aufs Auto zurückgreifen möchten. Allenfalls sollen mit dem ZVV neue Vereinbarungen getroffen werden.

Weil neue Strassen zu mehr Verkehr führen, lehnt die SP Waidhalde- und Stadttunnel ab. Wir akzeptieren keine neuen Autobahnen in der Stadt. Die Mobilität muss auf den öffentlichen Verkehr sowie auf den Fuss- und Veloverkehr umgelagert werden. Tempo 30 ist für die SP die beste Massnahme für den Lärmschutz. Tempo 30 ist billiger als Lärmschutzwände, erhöht die Sicherheit auf den Strassen und reduziert die Emissionen.

Die SP will:

- den konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und die Förderung des Velo- und Fussverkehrs.
- Tempo 30 in allen Quartieren und auf lärmbelasteten Strassen.
- keinen Stadt- und Waidhaldentunnel.

Glossar

Städte-Initiative

Die Städte-Initiative beinhaltet drei Forderungen:

1. Die Stadt Zürich schützt die Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs.
2. Die Stadt Zürich setzt konsequent auf den öV, Fuss- und Veloverkehr und fördert öV-Tangentialverbindungen und ein durchgehendes Veloroutennetz.
3. Der Neu- oder Ausbau von Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen ist nur unter der Bedingung zulässig, dass sich die Kapazität des gesamten Strassennetzes für den motorisierten Individualverkehr nicht erhöht.

Es gilt folgende Übergangsbestimmung: Der prozentuale Anteil des öV, Fuss- und Veloverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen soll bis 2022 um mindestens 10 Prozentpunkte erhöht werden.

Die Städte-Initiative wurde von umverkehR lanciert und von der SP mitunterstützt. Die Stimmbevölkerung hat die Vorlage am 4. September 2011 angenommen.

Autoarmes Wohnen

In der Stadt Zürich leben heute fast 50 % der Haushalte autofrei. Sie sind aber trotzdem gezwungen, einen Parkplatz mitzufinanzieren. Zudem stehen viele Tiefgaragen fast leer. Um dies zu ändern und autoarmes Wohnen zu ermöglichen, wurde die städtische Parkplatzverordnung (PPV) revidiert. Die neue PPV wurde im Jahr 2010 vom Stimmvolk gutgeheissen, konnte aber wegen eines Rechtsstreits noch nicht in Kraft treten. Bauherren, die ein überzeugendes alternatives Mobilitätskonzept vorlegen, können künftig aus der Parkplatzpflicht entlassen werden. Wird auf Parkplätze und Garagen verzichtet, sind bei den Bau- und Mietkosten erhebliche Einsparungen möglich. Ausserdem wird Fläche für anderes frei: Grünflächen und mehr Spielfläche für Kinder beispielsweise.

7. FÜR EINE NACHHALTIGE FINANZPOLITIK

Die Stadt Zürich kann stolz darauf sein, dass sie die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise gut bewältigt. Die SP hat mit einer umsichtigen und nachhaltigen Finanzpolitik zu diesem Erfolg beigetragen. Auch in Zukunft wird sie sich im Gemeinderat für faire Steuern und eine nachhaltige Ausgabenpolitik einsetzen.

Zwar resultierte in der Rechnung 2012 ein Defizit von 33 Millionen Franken, aber das Eigenkapital der Stadt ist im gleichen Jahr aufgrund von Neubewertungen auf über 700 Mio. Franken gestiegen, nachdem es in den Jahren 2009 bis 2011 leicht zurückgegangen war. Das Eigenkapital sind Gelder, welche die Stadt in guten Zeiten gespart hat, um sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einsetzen zu können.

Der konsequente Aufbau von Eigenkapital ist auch der massvollen Finanzpolitik der SP zu verdanken. Allein in der letzten Legislaturperiode wurden mehrere Steuersenkungsvorlagen, die einseitig eine begüterte Minderheit bevorzugt hätten, von der SP bekämpft und vom Volk an der Urne verworfen. Der hohe Anteil an Eigenkapital ermöglicht es, dass die Stadt Zürich die aktuellen Steuerausfälle der beiden Grossbanken verschmerzen kann. Obwohl das Gewerbe in Zürich stark ist und unsere Stadt nach wie vor ein beliebter Industriestandort ist, hoffen wir, dass die Grossbanken baldmöglichst wieder ihren Beitrag an die Allgemeinheit abliefern. Dabei hilft ein stabiler Steuerfuss Unternehmen und Privaten mehr als voreilige Steuersenkungen, welche die öffentlichen Finanzen über Gebühr strapazieren.

Steuererträge erhalten

Bei den Steuererträgen blieben nicht nur jene der juristischen, sondern auch jene der natürlichen Personen unter dem Budget. Hingegen entwickelten sich die Einnahmen aus der Grundstücksgewinnsteuer und der Quellensteuer sehr positiv und glichen damit einen Teil der Ausfälle aus. Der Rückgang der Steuereinnahmen ist jedoch nur zum Teil auf die wirtschaftliche Situation zurückzuführen. Ein guter Teil wird durch Steuersenkungen und Steuerschlupflöcher auf kantonaler und nationaler Ebene verursacht. Auch die Abschaffung der Handänderungssteuer und die Änderungen bei der Dividendenbesteuerung haben spürbare Auswirkungen auf die städtischen Finanzen. Aktuelle Pläne, die Abzugsmöglichkeiten bei der Grundstücksgewinnsteuer zu erweitern, lehnen wir daher ab.

Die Stadtzürcher Investitionsausgaben waren in den letzten Jahren leicht rückläufig, dies jedoch im Bereich üblicher Schwankungen. Die Verstetigung der Investitionen ist eine zentrale Forderung der SP: Sie führt dazu, dass die jährlichen Belastungen durch Abschreibungen berechenbar bleiben. Kontinuierliches Investieren ist die beste Art, die Infrastruktur nutzbar zu erhalten. Und: Das lokale und regionale Gewerbe profitiert von Aufträgen.

Keine Kürzungen auf dem Buckel der öffentlichen Angestellten

Der Kürzungsdruck machte in den letzten Jahren auch vor der Stadt Zürich nicht Halt. Zahlreiche offene Stellen wurden nicht besetzt, der Personalaufwand ging zurück. Auch Massnahmen mit Symbolcharakter (beispielsweise die Streichung der Lunch-Checks) hat eine bürgerliche Allianz im Gemeinderat durchgewinkt – auch wenn ein Teil später wieder rückgängig gemacht werden konnte. Die tagelangen Budgetberatungen im Gemeinderat und die abschätzigen Worte der Bürgerlichen gegenüber den städtischen Angestellten hinterlassen jedoch einen bitteren Nachgeschmack. Leiden darunter müssen die städtischen Angestellten, welche tagein, tagaus dieselbe oder sogar mehr Arbeit verrichten und damit überhaupt das Funktionieren unserer Stadt ermöglichen. Die SP setzt sich für die Löhne und Arbeitsbedingungen des städtischen Personals ein. Um die zunehmenden Aufgaben bei steigender EinwohnerInnenzahl zu bewältigen, müssen genügend Leute rekrutiert werden. Und nicht zuletzt spricht die SP dem Personal die verdiente Wertschätzung für seine tägliche Arbeit aus.

Die SP will:

- die Verstetigung der Investitionen sowie eine antizyklische Finanzpolitik nach der Devise: «Spare in der Not, so hast du in der Zeit.»
- einen stabilen Steuerfuss, auf den sich die Unternehmen verlassen können.
- keine Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmen, da dies zu hohen Steuerausfällen für die Stadt Zürich führt.